

Kurt Wyss

Wer macht die Welt unsicher?

Rede zum internationalen Tag von Armut und Ausgrenzung

Kundgebung 17. Oktober 2008, Münsterplatz, Bern

Wie Ihr alle wisst, werden die Armutsbetroffenen auch in der Schweiz – und auch hier in der Stadt Bern – seit Jahren immer wieder und immer neu diffamiert. Es traf und trifft die um eine Invalidenrente nachsuchenden Menschen mit einer Behinderung; es traf und trifft die Asylsuchenden; es traf und trifft die Bettelnden, es traf und trifft die SozialhilfebezügerInnen, es traf und trifft die Sans-Papier, es traf und trifft die aufmüpfigen armutsbetroffenen Jugendlichen usw., usw. Sie alle wurden und werden als "Illegale", als "Missbrauchende", als "Simulanten", als "Betrüger", als "Faule", als "Hängemattenexistenzen", als "Sozialschmarotzer" und vieles andere mehr gebrandmarkt.

Solche Attacken gegen die Armen kamen und kommen nicht nur von rechts, nicht nur von den Neokonservativen und den Neoliberalen, sie kamen und kommen auch von so genannt links, von den neuen Sozialdemokraten (New Labour). Auch sie wollen noch mehr Repression gegen die ganz unten.

Aber wer macht denn die Welt unsicher? Wer sind hier die "Illegalen", die "Missbrauchenden", die "Simulanten", die "Betrüger", die "Faulen", die "Hängemattenexistenzen", die "Sozialschmarotzer"? Sind es wirklich die Armutsbetroffenen, die beständig um ihre nackte Existenz fürchten müssen, oder nicht vielleicht doch eher die, die permanent Steuergeschenke erhalten, denen man Renditen von 20 bis 30 Prozent ermöglicht, die mit Staatsgarantien in Milliardenhöhe genau dann versorgt werden, wenn ihre Spekulationen in die Hosen gegangen sind? Wer lässt sich auf Kosten der Allgemeinheit von Diner zu Diner und von Event zu Event chauffieren, wer lässt mit einem Mausklick die Nahrungsmittelpreise in die Höhe schnellen, wer produziert all die Spekulationsblasen, die alle paar Jahre mit einem riesigen Knall zu Lasten der Allgemeinheit explodieren? Sind es die Armutsbetroffenen?

Im März 2008 kam für die Stadt Zürich ein Untersuchungsbericht heraus, in welchem für 473 Sozialhilfedossiers untersucht wurde, ob der Vorwurf, dass es sich bei zwei Dritteln um Missbrauchsfälle handelt, berechtigt sei. Statt der eingeklagten zwei Dritteln fand man gerade in 12 Fällen Unregelmässigkeiten, was – wie es im Bericht heisst – zu einem "unwiederbringlichen finanziellen Schaden" von Fr. 24'627.- geführt hat.

Was macht die Welt unsicher? Sind es die 24'627 Fr. zu viel bezogener Sozialhilfegelder oder sind es nicht vielleicht doch die unglaublichen Spekulationen von Banken wie der UBS in zigfacher Milliardenhöhe? Wer ist da wie verantwortlich für die Unsicherheit in der Welt?

Im Jahr 2005 sind die Richtlinien zur Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe revidiert worden. Das auch so nicht mal gesicherte Existenzminimum wurde auf einen Schlag um 10 Prozent gesenkt, die so genannt erwerbsfähigen erwerbslosen Sozialhilfebeziehenden einem erbarmungslosen Arbeitszwang unterworfen und die Höhe der ausbezahlten Gelder einem vor Willkür nur so strotzenden so genannten "Anreizsystem" unterworfen.

Weshalb behandelt man auf der einen Seite die Ärmsten wie Pawlow'sche Hunde, indem man ihnen bei angeblichem Fehlverhalten das Existenzminimum sofort kürzt oder streicht, während man am anderen Ende der gesellschaftlichen Hierarchie tatsächliches Fehlverhalten – skrupelloses Abzocken auf Kosten der Allgemeinheit – mit Steuergeschenken und Staatsgarantien noch vergoldet? Hat je einmal jemand bei den Ärmsten von einer Staatsgarantie gesprochen?

Jüngst haben die Verantwortlichen von der Konferenz der kantonalen SozialdirektorInnen (SODK) und von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) in Artikeln respektive Interviews beklagt, das in der Sozialhilfe Rechtsunsicherheit bestehe, der Bund mittels einer Rahmengesetzgebung aktiv werden müsse. Mal abgesehen davon, dass die Forderung von den Funktionären seit mindestens fünfzehn Jahren immer wieder auf den Tisch gebracht wurde, ohne dass je etwas ging, kommt diese Forderung heute ausgerechnet von den beiden Instanzen, die mit den letzten Sozialhilfe-Revisionen die beklagte Rechtsunsicherheit selber geschaffen haben. Und Analoges passierte und passiert bekanntlich in der Asyl- und Ausländergesetzgebung, in den Gesetzgebungen zur Arbeitslosenversicherung und zur Invalidenversicherung. Überall wurde die Rechtslage der Betroffenen und gleichzeitig ihre allgemeine Lage unsicherer gemacht.

Weshalb schafft man genau bei denjenigen Menschen Rechtsunsicherheit, die ausser ihrer Existenz nichts haben und also auf Sicherheit am aller meisten angewiesen wären? Und weshalb stattet man umgekehrt diejenigen beständig mit staatlichen Sicherheiten und Garantien aus, die hintenherum oder auch offen genau diese Garantien für unheimliche Selbstbereicherungsaktionen missbrauchen? Weshalb werden ausgerechnet diejenigen abgesichert, die die Welt in fast jeder Hinsicht und wirklich global unsicher machen, und diejenigen nicht, die es wirklich nötig hätten?

Ein Standardargument besagt, dass die Grosskonzerne Arbeitsplätze schaffen. Was aber in den letzten zwanzig Jahren für die Menschen am unteren Ende der

Gesellschaft faktisch geschaffen wurde, ist ein Graubereich von allen möglichen miesen Arbeitsverhältnissen: Mac-Jobs oder 1'000-Fr.-Jobs; Jobs auf Abruf; Leiharbeit; Schwarzarbeit; miese Jobs für Sans-Papiers, welche der Sklaverei nahe kommen, usw. usw. Es sind Jobs, die für die sie Leistenden sowohl von den Arbeitsbedingungen als auch von den Löhnen her äusserst prekär und unsicher sind. Auf der Basis genau solcher Arbeitsverhältnisse erzielen viele Konzerne – nach dem Beispiel des grössten Detailhandelsunternehmens der Welt: "Wal Mart" – ihre riesigen Gewinne. Und die Arbeitenden – rekrutiert aus dem Heer der Erwerbslosen und immer wieder in dieses zurückgestossen – haben ausser einem enorm stressvollen Arbeitsleben – oft frühzeitigen Krankheiten und nicht selten frühzeitigem Tod – nichts davon.

Die Armut in der Welt und auch in der Schweiz wächst momentan rasant, und zwar vor allem aufgrund der mittels Spekulationen in die Höhe getriebenen Nahrungsmittelpreise. Es wird international sogar von Offiziellen davor gewarnt, angesichts der ganzen Billionenhilfen zugunsten der Finanzmärkte die Ärmsten nicht zu vergessen. Dazu wäre freilich zu sagen: Die Ärmsten der Welt wurden fast immer vergessen, und sie werden es auch diesmal wieder, sowohl weltweit als auch in der Schweiz.

Wer macht die Welt unsicher? Sind es die permanent beschimpften Armutsbetroffenen oder sind es die, die im Dienst des globalisierten Kapitalismus eindimensional nur Dinge wie Wettbewerb, Rendite, Wachstum, Gewinn, Spitzenplatz, Nummer 1 usw. im Kopf haben? In der Zeitung wird momentan schönfärberisch geschrieben, die Party an der Wall Street sei vorbei. Wer es glaubt, ist selber schuld. Alle die Banker und Broker haben gerade in dieser Woche sicher schon riesige Bankette durchgeführt, feiernd, dass sie ihre Spitzen-Geschäfte und damit auch ihre Parties jetzt auf Staatskosten – will heissen: auf Kosten derer da unten – weiter führen können.

Wenn die Regierungen in den nächsten Monaten und Jahren immer wieder verlauten lassen werden, man habe leider kein Geld für die Armutsbetroffenen, bitte glaubt kein Wort und wehrt Euch dagegen. Lasst Euch nicht weiter vorgaukeln, die Staatskassen wären leer. Wo Billionen von Franken für wild spekulierende und die Welt unsicher machende Konzerne bereit liegen, hat es immer genug, um den Ärmsten ein gesichertes Leben zu ermöglichen. Und dazu braucht es im Übrigen auch keine Billionen.

Viele Armutsbetroffene hätten darüber hinaus tatsächlich sehr viel mehr zu bieten als die engstirnig dem globalisierten Kapitalismus verhaftet gebliebenen Neoliberalen, Neokonservativen und neuen Sozialdemokraten. Es gäbe in der Tat viel zu tun in dieser Welt, aber nicht im Sinne des Renditescheffeln, nicht im Sinne des ständigen Wachstums, nicht im Sinne des grösser und grösser Werden-Wollens. Es hätte darum zu gehen, die Welt in eine Richtung zu lenken, in der es

möglichst keinen Hunger und kein Elend mehr gäbe, in der Freiheit und Sicherheit möglichst aller gewährleistet wären, in der das kritische Denken nicht verbannt, sondern gefördert würde. Es dürfte weiss Gott nicht auf einen neuen Kommunismus hinauslaufen. Die Neoliberalen, Neokonservativen und Neosozialdemokraten, die jetzt schon wieder die Angst davor heraufbeschwören, zeigen damit einzig, wie engstirnig sie denken, darin den Kommunisten der Sowjetzeit übrigens sehr, sehr ähnlich: eine ideologische Linie fest im Kopf und alles sofort verbannend, was dieser Linie nicht entspricht.

Nein, es wäre durchaus anzuknüpfen an konservativen, sich auf Traditionen besinnende Ideen, die so etwas wie "alle gehören per se dazu" bezeugen, dabei aber genau nicht sozial ausgrenzend sind. Es wäre anzuknüpfen an liberalen, das Neue, Unerhörte, Ungesehene befördernde Ideen, die so etwas wie das Innovative bestärken, aber solches genau nicht an der möglichen Rendite bemessen. Und es wäre anzuknüpfen an sozialdemokratischen öffentliche Gemeininteressen befördernde Ideen, die immer an so etwas wie der Solidarität mit den Schwächsten orientiert sind, dabei aber genau nicht bevormundend-repressiv werden.

Dies alles setzt ein reflektiert-kritisches Denken voraus, genau jenes Denken, das die Neokonservativen, die Neoliberalen und die neuen Sozialdemokraten uns – im Dienst des globalisierten Kapitalismus – abgewöhnen wollen. Seien wir – und damit meine ich immer auch und vor allem die Armutsbetroffenen – gescheiter als die, die ihre angebliche Bildung immer nur als Fortsatz ihrer an der Börse gehandelten Aktien auffassen. Seien wir menschlich.